

Landkreis Vorpommern-Rügen

3. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktionen BVR/FW und SPD

Vorlagen Nr.:
A/3/0071

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	14.12.2020

Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW und SPD: "Durchsetzung des Konnexitätsprinzips bei der Kita-Finanzierung im Zuge der Beitragsfreiheit für Eltern"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen unterstützt die Initiative des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern zur Durchsetzung des Konnexitätsprinzips gegenüber dem Land Mecklenburg-Vorpommern in Bezug auf die Kita-Finanzierung hinsichtlich der Beitragsfreiheit der Eltern im neugefassten Kindertagesförderungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern. Sofern diese Verhandlungen des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern bis zum Ende des Jahres 2020 zu keinem Ergebnis führen sollten, wird der Landrat beauftragt, eine Beteiligung des Landkreises Vorpommern-Rügen an der Kita-Finanzierungsklage des Landkreises Vorpommern-Greifswald zu prüfen.

Begründung:

Die Neufassung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (KiföG MV) sieht eine Beitragsfreiheit für die Eltern vor, die ihre Kinder in einer Kita im Land betreuen lassen. Die Finanzierung der Kindertagesförderung wird jetzt ausschließlich vom Land, den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe und von den Gemeinden getragen. Die Kosten für die Beitragsfreiheit der Eltern hat das Land übernommen. Jedoch gibt es zunehmend bei den Kommunen im Land Bedenken darüber, ob das Land auch tatsächlich die Kosten für die Beitragsfreiheit der Eltern zu 100 Prozent trägt. Vielmehr zeichnet sich infolge von zusätzlich auf die kommunale Ebene verteilten Aufgaben eine finanzielle Mehrbelastung in Millionenhöhe für die Kommunen ab, was dem Konnexitätsprinzip widerspricht.

Der Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern befindet sich gegenwärtig in Bezug auf die Analyse dieser Mehrkosten für die Landkreise in Verhandlungen mit dem Land. Bei der Neuregelung des Kindertagesförderungsgesetzes MV zur Beitragsfreiheit der Eltern darf das Konnexitätsprinzip nicht ausgehöhlt werden. Vor diesem Hintergrund prüft gegenwärtig der Landkreis Vorpommern-Greifswald als erster Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern die Aussichten eine Kita-

Finanzierungsklage.

Durch die Beitragsfreiheit für die Eltern wurden dem Landkreis Vorpommern-Rügen durch das Land zusätzlich staatliche Aufgaben übertragen, was nun zu finanziellen Mehrausgaben in Höhe von 8 Millionen Euro führt.

Das Konnexitätsprinzip ist ein staatsrechtlicher Grundsatz, der besagt, dass Aufgaben- und Finanzverantwortung jeweils zusammengehören. Danach ist die Instanz, die für die Aufgabe verantwortlich ist, auch für die Finanzierung zuständig. Oder: Wer bestellt, bezahlt auch. Dahinter steht der Schutz der kommunalen Selbstverwaltung.

Konnexität gewährleistet damit einen Anspruch der Kommunen gegen das Land auf vollständigen und finanzkraftunabhängigen Ausgleich von Mehrbelastungen, die ihnen dadurch entstehen, dass sie anstelle des Landes staatliche Aufgaben wahrnehmen. Das Konnexitätsprinzip gehört zu den zwei Pfeilern der Kommunalfinanzen, in denen das Land als Anspruchsschuldner auftritt. Die andere Säule ist der kommunale Finanzausgleich.

Das Konnexitätsprinzip zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern ist in der Landesverfassung MV in Art. 72 Absatz 3 verankert mit folgendem Wortlaut: „Die Gemeinden und Kreise können durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes durch Rechtsverordnung zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben verpflichtet werden, wenn dabei gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten getroffen werden. Führt die Erfüllung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden und Kreise, so ist dafür ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.“

Die Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler und die SPD-Kreistagsfraktion im Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen bekennen sich ausdrücklich zur Beitragsfreiheit für die Eltern und stellen diese mit dem Beschlussvorschlag in keinster Weise infrage.

gez. Mathias Löttge
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion BVR/FW

gez. Kristine Kasten
Fraktionsvorsitzende
Kreistagsfraktion SPD